

Demokratisierung nach dem Nahostfrieden

Autor(en): **Tibi, Bassam**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **75 (1995)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165466>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bassam Tibi

DEMOKRATISIERUNG NACH DEM NAHOSTFRIEDEN

In Europa war der Wiederaufbau ein Bestandteil der Demokratisierung nach dem Sieg über Hitler-Deutschland. Kann man auch im Nahen Osten von einer Demokratisierung parallel zu der neuen Friedensordnung sprechen? Oder ist das Spannungsfeld zwischen dem islamischen Erbe und der Demokratie zu gross?

Der Islam- und Nahostexperte der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», Wolfgang G. Lerch, warnt vor einem voreiligen Optimismus: «Von Träumen eines blühenden und befriedeten Orients, in dem die Demokratie gedeiht und gutnachbarliche Verhältnisse herrschen, ist die Region Lichtjahre entfernt.» (FAZ vom 1. November 1994).

Ein Frieden ohne Demokratie ist brüchig, und wirtschaftlicher Aufbau ist die wichtigste Stütze jeder Demokratisierung. Stabilität und Rechtssicherheit sind die Mindestvoraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität; ohne diese Grundlagen kann kein Frieden von Dauer sein. Das war sicher auch die Einsicht der Westmächte, die im Anschluss an die israelisch-palästinensische Prinzipienklärung vom September 1993 eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 2,2 Milliarden US-Dollar zum Aufbau der israelisch besetzten Gebiete, aus denen ein palästinensischer Staat hervorgehen soll, in Aussicht gestellt haben. Das wirtschaftliche Elend, gepaart mit dem religiösen Fanatismus, ist die Saat für den Fundamentalismus. Ich habe in meinem Buch «Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik» (Taschenbuchausgabe, München 1994) gezeigt, wie die Kombination von wirtschaftlicher Not und religiösem Fundamentalismus dem Friedensprozess Hindernisse in den Weg legt.

Der nahöstliche Frieden wäre ohne den Golfkrieg unvorstellbar gewesen. So bedauerlich jener Krieg war, so wichtig waren seine unbeabsichtigten Folgen, die erst den Weg zum Frieden ebneten. Aber wird dieser Frieden von einem Prozess der Demokratisierung begleitet?

Bei gleichzeitiger Einsicht in die gegenwärtig düstere Lage, die für eine Demokratisierung des islamischen Orients wenig Chancen bietet, wurde dennoch von vielen Seiten hervorgehoben, dass es ohne

Demokratie im Nahen Osten keinen Frieden geben kann. Im Vordergrund stehen zur Zeit die politischen Hemmnisse, die durch Neo-Sultane und Diktatoren geschaffen wurden. Ebenso wichtig sind aber die kulturellen Hürden auf dem Weg einer Demokratisierung des Nahen Ostens. So ist das vorherrschende Verständnis beispielsweise von Kuwait als einer «grossen Familie», die väterlich-paternalistisch von der *al-Sabah*-Familie regiert wird, nicht nur eine partikuläre Auffassung dieses Clans, der in Kuwait seit Mitte des 18. Jahrhunderts herrscht. Kulturell verstehen sich die Araber als eine grosse Familie. Die Vorstellung, dass die Demokratie deshalb gefährlich sei, weil sie «die islamische Umma (Gemeinschaft) spalten würde», ist nicht bloss eine Meinung, die Fundamentalisten zum Ausdruck bringen; sie lässt auch eine in der Welt des Islam vorherrschende kulturelle Weltanschauung erkennen, in der die eigene Gruppe als ein Kollektiv wahrgenommen wird. Eine Vielfalt existiert zwar real, aber sie wird dem eigenen Kollektiv nicht eingeräumt, da sie sich spaltend auswirken würde, wie die meisten Araber meinen. Die Differenzierung erfolgt daher zwischen dem eigenen Kollektiv und anderen Kollektiven. Spaltungen in der eigenen, als Kollektiv begriffenen Gemeinschaft / Umma werden als Nachteile der Demokratie bewertet, die nach der Auffassung islamischer Fundamentalisten eine «zionistische Verschwörung des Weltjudentums» gegen die Muslime darstellt.

Demokratie heisst auf Arabisch *demoqratiyya*; es handelt sich also um einen arabisierten Ausdruck, entstanden im Rahmen der neuarabischen Wortneubildungen. In diesem Kontext haben frühe arabische Liberale die Idee der individuellen Freiheit im Rahmen ihrer europäischen Bildung kennengelernt und übernommen; sie verstanden darunter mehr «intellektuelle Freiheit»¹, weil der institutionelle

Rahmen für Demokratie in ihren Gesellschaften fehlte.

Der politisch-kulturelle Hintergrund

Oft sind in den meisten arabischen Ländern kurz nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit die liberalen Versuche einer parlamentarischen Demokratie daran gescheitert, dass ihnen nicht nur die institutionellen Voraussetzungen, sondern auch die hierfür erforderliche politische Kultur fehlte. Die Militärputsche lösten diese Versuche durch Militärregime ab, welche die kulturelle arabo-islamische Tradition des Kollektivs modern in den Begriff der Volksdemokratie übersetzten. Der Nasserismus und die Baath-Partei, obgleich sie als Hauptströmungen des Panarabismus miteinander verfeindet waren, lehnten gleichermaßen eine pluralistische Demokratie ab.

Im Gegensatz zu den islamischen Fundamentalisten, die heute Demokratie als westliches Modell schlechthin ablehnen, trat der Baathist *Hammadi* 1968 für eine arabische Form von Herrschaft ein, die er in Anlehnung an die kommunistische Ideologie «Volksdemokratie» nannte und folgendermassen beschrieb: «Die richtige Demokratie bei uns ist die Herrschaft, die von der revolutionären Avantgarde repräsentiert wird und die die Realisierung der Revolutionsziele als Programm hat» (Saadun Hammadi, *Qadaya al-thawa al-arabiyya; Fragen an die arabische Revolution*, Beirut 1970², zuerst 1968, S. 243).

Diese Avantgarde kommt durch einen Militärputsch an die Macht und praktiziert ihre Herrschaft, wie das Beispiel Irak unter der Despotie der Baath-Partei zeigt, unter den Bedingungen einer «Republik der Angst», d. h. als ein modernisiertes Regime orientalischer Despotie, in dem die Geheimdienste für Stabilität sorgen. Das hat natürlich mit dem Islam als einer Religion nichts zu tun; wohl aber ist die «orientalische Despotie» die tradierte, personifizierte Form der Herrschaft im Orient.

*Islamische Fundamentalisten unserer
Gegenwart lehnen Demokratie als eine
westliche Herrschaftsform ab.*

Lange vor der islamischen Revolution im nicht-arabischen Iran unter *Khomeini* ist der islamische Fundamentalismus als eine oppositionelle Bewegung in den arabischen Ländern zu einem bedeutenden politischen Faktor aufgestiegen. Islamische Fundamentalisten unserer Gegenwart lehnen Demokratie

als eine westliche Herrschaftsform ab und führen als eine Alternative zu ihr das «*al-nizam al-Islami*/ islamische System» an, in dem die «*Schura*/ Konsultation» die Gewähr für die Freiheit des Kollektivs bietet. Das ist auch das politische Programm der islamischen Hamas-Fundamentalisten, die sich als eine Alternative zur PLO anbieten.

In früheren Diskussionen haben sich Nahost-Experten auf das Fehlen von strukturellen und institutionellen Grundlagen der Demokratie in jener Region der Welt konzentriert. Einige arabische Autoren der liberalen Periode, wie der Ägypter *Salamah Musa* oder der Libanese *Hassan Saab*, sind heute von der Substanz her sehr aktuell, wenngleich sie nicht mehr gelesen werden. Besonders aktuell in ihren Schriften ist der Hinweis, dass die Demokratie im Nahen Osten nur dann gedeihen könne, wenn eine «spirituelle», sprich kulturelle und geistige Revolution unter den Arabern stattfinden würde, die der Etablierung einer neuen, über die Selbstverherrlichung des eigenen Kollektivs hinausgehenden Kultur dient².

Eine Beschäftigung mit den politischen Ideen im modernen Islam seit dem 19. Jahrhundert zeigt, dass Demokratie im islamischen politischen Denken seit seiner Berührung mit dem Westen einen zentralen Gegenstand gebildet hat. Oft gingen die frühen Denkversuche hierüber jedoch nicht über einen Rahmen hinaus, in dem eine Vereinbarkeit des Islam mit Demokratie bzw. eine Ableitung der Demokratie aus dem Islam unterstellt wurde. Doch war der frühe islamische Liberalismus weder aggressiv noch antidemokratisch – Züge, die den gegenwärtigen populistischen islamischen Fundamentalismus weitgehend prägen. Der jüngste Versuch, in arabischen und islamischen authentischen Begriffen über Demokratie im arabischen Orient nachzudenken, geht auf den Versuch zurück, die Menschenrechte und ihre Verteidigung in den Mittelpunkt zu stellen³.

Der Golfkrieg hat zwar indirekt zum Nahostfrieden geführt, hat aber auch die anti-westliche und parallel auch anti-demokratische Stossrichtung des islamischen Fundamentalismus verschärft. «Anti-westlich zu sein, muss nicht unbedingt und folgerichtig anti-demokratisch bedeuten», könnte jeder westliche Leser argumentieren, der mit dem kulturellen Hintergrund unseres Gegenstandes und den im Orient hierüber geführten Debatten nicht vertraut ist. Diese Gleichsetzung stammt – wohlbemerkt – nicht von mir.

Der geistige Vater des islamischen Fundamentalismus, *Sayyid Qutb*, hatte bereits in seinem Katechismus «*Ma'alim fi al-Tariq*/Wegzeichen», der heute im Nahen Osten in Millionenaufgaben kursiert, «Westen» und «Demokratie» gleichgesetzt (13. legale Auflage, Kairo 1989, S. 10). Für Qutb ist Demokra-

tie ein Rückfall in das Zeitalter der «*Djahiliyya*/ Ignoranz», d. h. in die vor-islamische Epoche, als die Menschen vor der islamischen Offenbarung nach dem Verständnis des Islam noch unwissend waren.

Qutb kritisiert den mit der Volkssouveränität zusammenhängenden demokratischen Glauben, der «*in der Anmassung auf die göttlichen Rechte und auf ihren zentralen Bestand, d. h. auf die Gottesherrschaft (Hakimiyat Allah), durch die Übertragung der Herrschaft von Menschen auf Menschen besteht, wodurch sie Gott ersetzen wollen*».

Das Undenkbare denken

Saudische und kuwaitische Öl-Scheichs, die ihre Herrschaft im Golfkrieg mit Hilfe der amerikanischen Truppen wiederhergestellt und stabilisiert haben, zahlten vor diesem Krieg Millionenbeträge an Fundamentalisten, weil sie sich dadurch als Beschützer des Islam darstellen wollten. Nach dem Golfkrieg nimmt ihnen niemand mehr ihren Anspruch auf islamische Legitimität ab. Mit anderen Worten, auch diese mittelalterlichen Herrscher stehen nun unter dem Beschuss islamischer Fundamentalisten. Aber die Widersacher haben beide mit Demokratie nichts im Sinn. Wie kann Demokratie unter diesen politisch-kulturellen Bedingungen etabliert werden? Kann überhaupt im arabischen Kern der Welt des Islam demokratisiert werden? Wie können wir das Undenkbare denken?

Demokratie kann ohne zwei zentrale Voraussetzungen, die als Grundlage für ihre Etablierung notwendig sind, nicht gedeihen. *Erstens* ist Demokratie – auf der normativen Ebene – eine politische Kultur. *Zweitens* kann sich Demokratie – strukturell gesehen – nicht in einem System entwickeln, dem Elemente von Institutionalisierung fehlen. Der Aufbau der Demokratie erfordert demokratische Institutionen, die in der Welt des Islam fehlen. Mit dieser Feststellung werden bereits die Umriss der angesprochenen Thematik deutlich: Über Demokratisierung im Nahen Osten zu diskutieren, heisst, über Wandel in den zwei angesprochenen wichtigen Problembereichen nachzudenken.

Zunächst setzt ein Wandel in der arabischen politischen Kultur voraus, dass sich Verhaltensweisen entwickeln, die Pluralismus und Demokratie begünstigen; Demokratie ist eine eigene politische Kultur, die dem einleitend beschriebenen kulturellen Kollektivismus der «arabischen Familie» zuwiderläuft. Darüber hinaus muss in arabo-islamischen Gesellschaften mit unterschiedlichen Stufen geringer Institutionalisierung und einem höheren Grad einer Personalisierung der Macht eine politische Entwicklung im Sinne von Institutionen-Bildung stattfinden. Vereinfachend gesagt: Beide Voraussetzungen

zur Untermauerung von Demokratisierung sind – mit wenigen Ausnahmen – im Nahen Osten nicht gegeben. In der Diskussion über die Demokratisierung des Nahen Ostens seit dem Golfkrieg werden diese Rahmenbedingungen leider kaum berücksichtigt.

Im Golfkrieg waren alle lokalen, sich bekämpfenden Parteien undemokratisch, d. h. *Saddam Husseins* Irak ebenso wie die Träger der Anti-Saddam-Koalition, die aus Diktatoren wie *Assad* oder aus mittelalterlichen Ölprinzen wie die kuwaitische Sabah-Familie und die saudische Königsfamilie bestand. Im Westen wurde häufig argumentiert, dass die Welt vom Golfkrieg verschont geblieben wäre, wenn die beteiligten politischen Systeme im Nahen Osten eine demokratische Struktur gehabt hätten. Der Irak hätte zur Durchsetzung seiner ökonomischen und territorialen Ansprüche nicht zu Gewaltmassnahmen gegriffen, und Kuwait hätte möglicherweise in der Behandlung der irakischen Forderungen internatio-

*Die Voraussetzungen
zur Untermauerung von Demokratisierung
sind – mit wenigen Ausnahmen – im
Nahen Osten nicht gegeben.*

nal etablierte Prozeduren der politischen Verhandlung angewandt, anstatt in einer unversöhnlichen beduinischen Weise zu reagieren, die das aggressive Verhalten des Irak zusätzlich provozierte.

Nominelle Staaten ohne Demokratie

Im Nahen Osten sind nahezu alle heutigen Staaten nominelle Staaten in dem Sinne, dass ihnen die zentralen Voraussetzungen für die Entwicklung einer demokratisch geprägten politischen Gemeinschaft fehlen⁴. Wie das Beispiel Irak deutlich zeigt, sind die dortigen Machthaber ebenso wie ihre Opposition nach ethnischen und religiösen Loyalitäten gespalten – als Resultat der künstlichen Entstehung des irakischen Staates im Jahre 1921. Der Irak setzt sich aus drei ethnischen und religiösen Gemeinschaften bzw. deren entsprechenden Territorien zusammen: der ehemaligen osmanischen Provinz Mossul als Heimat der Kurden, dem sunnitischen Bagdad und der südlichen schiitischen Provinz von Basra. Die herrschende Baath-Partei ist bekannt als ein säkularer und totalitärer moderner Apparat, der gewaltsam versucht hat, das gesamte traditionelle Land nach den modernen Prinzipien ihrer einigenden panarabischen Ideologie umzuformen. Bei näherer Betrachtung

tung der modernen herrschenden politischen Elite im Irak wird jedoch deutlich, dass diese Elite trotz ihrer modernen Ansprüche einen traditionell sunnitischen Charakter hat. Die säkulare Legitimität ist lediglich ein Aushängeschild. Mit anderen Worten: Politische Gemeinschaften sind im Irak, wie in allen nahöstlichen Ländern, religio-ethnisch geformt. Das gilt gleichermassen für die Herrscher und für die Opposition. Darüber hinaus pflegt jede dieser Gemeinschaften das Selbstbild eines Kollektivs, während sie zugleich ihre Feinde als eben solche kollektive Gemeinschaften ansehen.

Arafat spricht von Demokratie und praktiziert orientalische Despotie.

In diesem Kontext lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen: Der institutionell schwache Rahmen des nominellen Nationalstaats im Nahen Osten und die herrschende vormoderne politische Kultur schaffen grosse Hindernisse in Richtung auf eine Demokratisierung nach westlichem Verständnis. Einige den Realitäten angepasste Korrekturen des Demokratisierungskonzepts sind somit nötig. Obwohl hier darauf insistiert wird, dass ein Wandel in den vorherrschenden Mustern der politischen Kultur im Nahen Osten mit dem Ziel der Annahme universeller demokratischer Werte, trotz der Anerkennung kultureller Authentizitäten, zu den notwendigen Voraussetzungen einer Demokratisierung gehört, halte ich die Berücksichtigung der lokalen und regionalen Gegebenheiten dennoch für nötig.

Teilung der Macht im Sinne von *«Power Sharing»* als eine Komponente von Demokratie wird im Nahen Osten als eine zentrale Voraussetzung unter den mobilen politischen Interessengruppen benötigt. Das gilt auch für *Arafat*, der von Demokratie spricht und orientalische Despotie praktiziert. Araber müssen somit nicht nur lernen, Menschen als freie Individuen anzusehen und nicht als gebundene Mitglieder kollektiver Gemeinschaften, die in der modernen Zeit praktisch ein funktionales Äquivalent zu den alten arabischen Stämmen darstellen. Araber müssen darüber hinaus auch lernen, ethnische und religiöse Minderheiten unter ihnen zu respektieren und politische Macht mit ihnen zu teilen⁵. Der Sechs-Tage-Krieg von 1967 ebnete den Weg für das Ende des Panarabismus als einer ideologischen Legitimität. In ähnlicher Weise führten der Golfkrieg und seine Nachwirkungen zum Ende des Panarabismus im Sinne der Dominanz der ethnischen Sunni-Araber über andere. Dies ist eine der wichtigen Erkenntnisse, die zu der benötigten Demokratisierung als

einer Komponente politischer Entwicklung im Nahen Osten beitragen könnte. Diese Lehre des Golfkrieges betrifft insbesondere multi-ethnische und -religiöse arabische Staaten wie Irak, Algerien und Sudan sowie zahlreiche Golfstaaten. Kuwait ist ein Sonderfall, denn die dortigen Sunni-Araber bilden selbst eine Minderheit, die über eine entrechtete multi-ethnische und -religiöse Mehrheit herrscht. Vielen Angehörigen dieser Mehrheit wird sogar das formale Recht auf Staatsbürgerschaft verwehrt, ungeachtet der Tatsache, dass sie seit Generationen in Kuwait beheimatet sind. Nach dem Golfkrieg wurden im Rahmen einer Kollektivraube für die PLO-Politik während des Krieges alle Palästinenser (etwa 350 000) des Landes verwiesen. Aus ihrer leidvollen Erfahrung mit der Diskriminierung als eine Minderheit in den arabischen Ländern müssten die Palästinenser Toleranz gegenüber anderen lernen.

Aufgeklärte Araber, die unter den Despotien ihrer Herrscher leiden, hofften seinerzeit, dass der Golfkrieg die dort vorhandenen politischen Strukturen erschüttern würde, so dass ein Freiraum für eine Demokratisierung hätte entstehen können. Jener Krieg rief eine zivilisatorische Krise im arabo-islamischen Selbstverständnis hervor, aber nicht alle wünschenswerten Veränderungen sind auch eingetreten. Die USA, die im Namen des Völkerrechts und der demokratischen Werte des Westens gegen Saddam Husseins Piraterie in Kuwait vorgingen, enttäuschten die westlich orientierte Intelligenz in Kuwait und Saudi-Arabien, die sich von den USA mehr Druck auf die dortigen Herrscher in Richtung Demokratie wünschten. Die USA hatten ausser dem Schutz der Ölfelder am Golf keine klaren Vorstellungen. Der damaligen *Bush-Administration* wurde deshalb bereits seinerzeit nicht zu Unrecht eine *«confused strategy»* vorgeworfen.

Zusammenfassung

Ohne Demokratisierung und die Geltung von Menschenrechten kann es im Nahen Osten keine stabile politische und wirtschaftliche Ordnung geben. Demokratisierung muss begleitet werden von einer not-

Demokratisierung an sich kann nicht von aussen verwirklicht werden.

wendigen Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, um sie für den islamischen Fundamentalismus weniger empfänglich zu machen. Demokratisierung ist kein bloss formaler Gang zur Wahlurne; sie erfordert in der Welt des Islam – also auch im

Nahen Osten – vor allen Dingen die Schaffung von lokalen strukturellen, institutionellen und kulturellen Rahmenbedingungen, die diesen Prozess fördern. Von aussen kann zwar Hilfe kommen, aber Demokratisierung an sich kann nicht von aussen verwirklicht werden.

Wenn Europäer sich mit dem Nahen Osten und dem Islam befassen und die dortige Region wirklich jenseits von westlichem Wunschdenken verstehen wollen, müssen sie sich stets vor Augen halten, dass es keinen Universalismus gibt. Und doch muss die Universalität von Grundnormen wie Demokratie, Menschenrechte und Gleichheit von Mann und Frau trotz dieser Verneinung eines allgemeinen Universalismus ein Ziel für die ganze Menschheit – auch für die Muslime – bleiben.

Israel ist bereits ein demokratischer Staat, aber auch er kann seinen Beitrag zur Demokratisierung leisten. Ebenso wie arabische Staaten die Menschenrechte ihrer Bürger dauernd verletzen, hat auch Israel als Besatzungsmacht einen ähnlichen Anteil an der Verletzung der Menschenrechte der unter israelischer Souveränität lebenden Palästinenser⁶. Das treibt diese in die Arme der Fundamentalisten, und das kann kein Beitrag zum Frieden sein.

Neben der Demokratisierung sind religiöse Belange der Beteiligten zu berücksichtigen. Solange keine für alle akzeptable Lösung in dem Streit über den Status Jerusalems gefunden werden kann, werden islamische Fundamentalisten unter Verwendung des Zündstoffs «Jerusalem»⁷ gegen den Frieden agitieren. Somit gehören zur Demokratisierung nicht nur eine Wirtschaftspolitik des Aufbaus, die den Fundamentalismus von seinem verelendeten Fussvolk trennt, sondern auch eine Politik der Kompro-

missie, die den Fundamentalisten die Agitationsthemen entzieht. Jerusalem gehört hierbei zu den Hauptthemen. ♦

¹ Albert Hourani, «Arabic Thought in the Liberal Age», Oxford 1962.

² Vgl. Salama Musa, «Ma hiya al-nahdah? (Was ist Renaissance?)», Beirut 1962, S. 129 ff.; zu Musa vgl. den entsprechenden Abschnitt in B. Tibi, «Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels», Frankfurt am Main 1985 (3. Auflage 1991), S. 117–121.

³ Vgl. B. Tibi, «Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte», München 1994.

⁴ Vgl. dazu B. Tibi, «Die fundamentalistische Herausforderung», München 1992, Kapitel IV. Vgl. auch das Kapitel über Staat und Ethnizität in B. Tibi, «Der Krieg der Zivilisationen», Hamburg 1995, S. 67–123.

⁵ Gabriel Ben-Dor, «Ethnopolitics and the Middle Eastern State», in: Milton J. Esman/Itamar Rabinovich (Hg.), «Ethnicity, Pluralism and the State in the Middle East», Ithaca / London 1988, S. 71–92.

⁶ Vgl. Ludwig Watzal, «Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser», Köln 1994, sowie derselbe, Das Gaza-Jericho-Abkommen. Schweizer Monatshefte, Bd 74, 1994, Heft 5, S. 9.

⁷ Vgl. Hierüber B. Tibi, «Der Streit um Jerusalem, islamisch-jüdischer Dialog», in: FAZ vom 19. Juli, 1994. Ders. «König Hussein als Scharif von Jerusalem», in: FAZ vom 8. Dezember, 1994 sowie ders., «Kein Friede ohne Jerusalem», in: Berliner Morgenpost, vom 13. November 1994.

BASSAM TIBI wurde 1944 in Damaskus geboren. Er studierte Philosophie, Sozialwissenschaften und Geschichte an der Universität Frankfurt am Main. Seit 1973 ist er Professor für Internationale Politik an der Universität Göttingen und Leiter der dortigen Abteilung für Internationale Beziehungen sowie seit 1988 parallel zur Lehrtätigkeit in Göttingen Research Associate an der Harvard University, Center for International Affairs. 1995 erschien sein neuestes Buch «Krieg der Zivilisationen. Zwischen Aufklärung und Fundamentalismus» (Hoffmann und Campe, Hamburg).

SPLITTER

Wie aber wäre es mit einer föderativen Lösung? Sie hätte den Vorteil der Machtteilung, der Machtkontrolle: vermehrte Selbstbestimmung, weniger Fremdbestimmung. Also: weniger einseitige Vorherrschaft und mehr wechselseitiges Vertrauen, weniger Misstrauen zwischen den Gruppen und somit zwischen den Staaten. (...)

Hier böte sich eine personale Föderation (Bundesstaat) oder Konföderation (Staatenbund) an. Statt einer territorialen Einordnung wäre die jeweilige ethnische, nationale oder religiöse Kommunikationsgemeinschaft die Grundeinheit einer solchen Föderation, einer solchen Machtteilung, einer solchen wechselseitigen Kontrolle.

Aus: MICHAEL WOLFFSOHN, «Frieden jetzt? Nahost im Umbruch». Ed. Ferenczy bei Bruckmann, München 1994, S. 278